

Offenbach, 11. März 2021

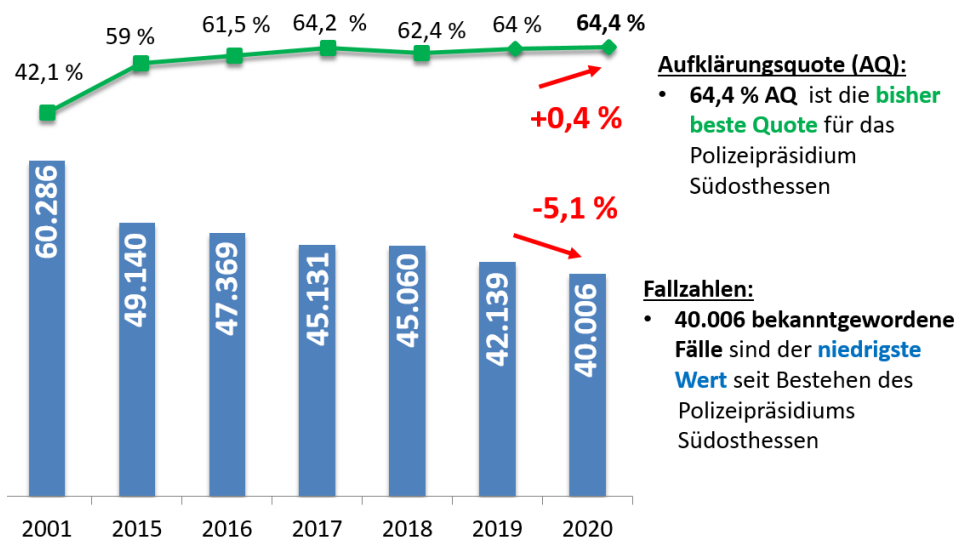
Polizeiliche Kriminalstatistik 2020:

- § **Niedrigste Kriminalitätsbelastung und höchste Aufklärungsquote seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001**
- § **Straßenkriminalität erneut verringert**
- § **Wohnungseinbrüche so wenig wie nie zuvor**
- § **Diebstahlsdelikte seit 2001 auf ein Drittel reduziert**

"Die Kriminalitätsbelastung ist im Polizeipräsidium Südosthessen im Jahr 2020 spürbar gesunken: Mit 40.006 Delikten registrierten wir 2.133 Straftaten weniger als im Vorjahr, was einer Abnahme um 5,1 Prozent entspricht. Das sind noch nicht einmal zwei Drittel der Taten, die wir bei Gründung des Polizeipräsidiums Südosthessen im Jahr 2001 (60.286 Delikte) zu verzeichnen hatten.

Damit fiel auch die Kriminalitätsbelastung mit 4.413 Straftaten pro 100.000 Einwohner auf den geringsten Wert (2019: 4.673) der letzten 20 Jahre. Im Hessenschnitt liegt sie bei 5.446. Die Aufklärungsquote liegt für 2020 bei 64,4 Prozent (Vorjahr 64,0). Sie stellt den historischen Höchststand für das Polizeipräsidium Südosthessen dar.

Darstellung 1: Entwicklung der Gesamtfallzahlen und der Aufklärungsquote des Polizeipräsidiums



„Eine Kommentierung dieser sehr positiven Kriminalitätsentwicklung mit der Feststellung, dass die Bürgerinnen und Bürger im Bereich des PP Südosthessen in einer sicheren Region leben, verbietet sich allerdings angesichts der schrecklichen Ereignisse vom 19. Februar und aus Respekt vor den Opfern und deren Angehörigen.

Es ist jedoch eine erfreuliche Tatsache, dass die Anzahl der erfassten Straftaten erneut zurückgegangen ist und die Aufklärungsquote einen historischen Bestwert markiert. Und dies ist nicht zuletzt auf die unermüdliche und stets hochmotivierte Arbeit meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Polizeipräsidium Südosthessen zurückzuführen.

In Anbetracht der zusätzlichen Aufgaben, die der Polizei durch die Corona-Pandemie und die Bewältigung der Einsatzlagen im Zusammenhang mit dem Bau der A 49 erwachsen sind, ist dies umso bemerkenswerter“, unterstrich Polizeipräsident Eberhard Möller.

Straßenkriminalität erneut gesunken

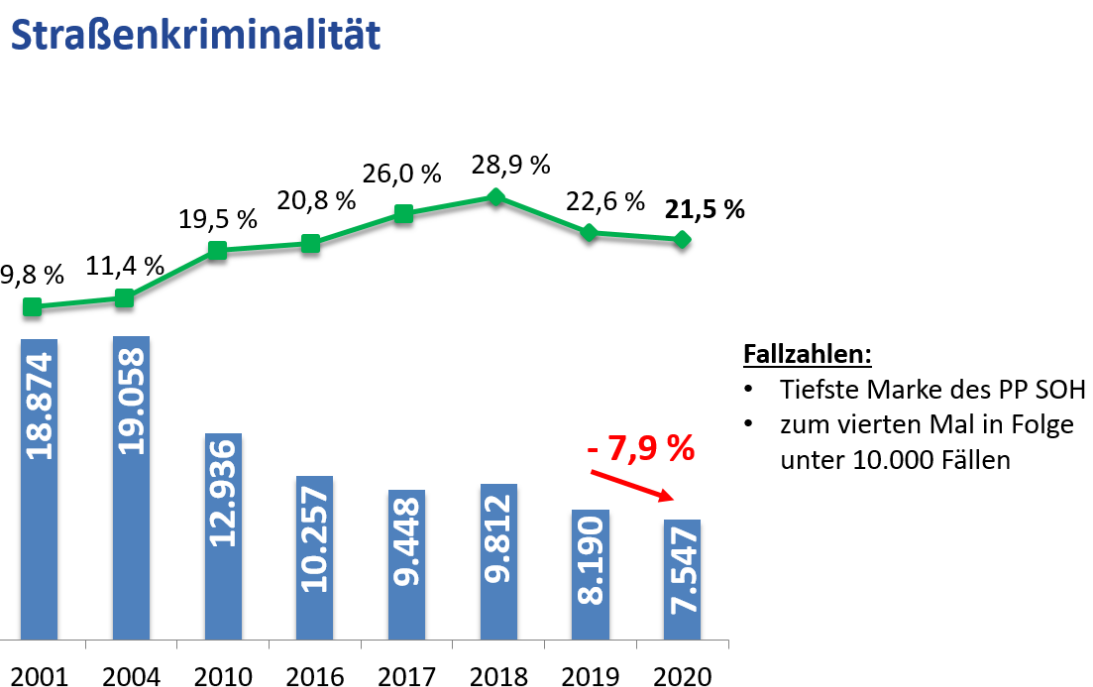
Die Straßenkriminalität (hierunter fallen eine Vielzahl von Delikten, die im öffentlichen Raum begangen werden) ist im Vergleich zum Vorjahr (8.190 Delikte) erneut gesunken: Ein Minus von 643 Delikten steht für einen Rückgang um 7,9 Prozent auf den niedrigsten Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen auf nunmehr 7.547 Delikte.

Im Gründungsjahr 2001 wurden noch 18.874 Delikte registriert - seither konnten diese Delikte durch entschlossene Polizeiarbeit, eine verstärkte polizeilich Präsenz sowie der Nutzung moderner Videosicherheitstechnik um mehr als 60 Prozent reduziert werden. Durch diese Videoschutzanlagen wird nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürgern gestärkt, sondern gleichermaßen auch eine bessere Strafverfolgung ermöglicht.

Lag die Aufklärungsquote 2001 noch bei 9,8 Prozent, so konnte diese im Jahr 2020 mit 21,5 Prozent mehr als verdoppelt werden (2019: 22,6 %).

Ein auffälliger Rückgang wurde im Vergleich zum Vorjahr beim Straßendiebstahl festgestellt (-12,7 Prozent [-597 Fälle]). Eine Zunahme gab es beim Straßenraub: Hier wurden mit 192 Delikten 31 mehr registriert als im Vorjahr (161).

Darstellung 2: Entwicklung der Straßenkriminalität des Polizeipräsidiums



Wohnungseinbruchdiebstähle (WED) auf tiefste Marke gesunken

Wohnungseinbruchsdelikte sanken mit 1.032 Delikten (Vorjahr: 1.243) auf den tiefsten Wert seit Bestehen des Polizeipräsidiums Südosthessen. Dies sind binnen Jahresfrist 211 Einbrüche weniger (-17 Prozent).

2001 wurden noch 3.173 Delikte verzeichnet, mehr als dreimal so viele wie aktuell. Die Aufklärungsquote stieg um 1,4 Prozentpunkte auf 18,7 Prozent (Vorjahr: 17,3 Prozent) und liegt damit etwa auf dem Niveau des Landesdurchschnitts (19,0 Prozent).

„Auch im Jahr 2020 haben wir auf regionaler und länderübergreifender Ebene wieder zahlreiche Kontrollen mit Bezug Wohnungseinbruchdiebstahl durchgeführt. Trotz der ebenfalls durchzuführenden Kontrollen zur Überwachung der Einhaltung der „Corona-Vorschriften“ konnten wir den Kontrolldruck „WED“ hochhalten: Insgesamt 6.749 Personen (Vorjahr 9.046) wurden bei verschiedenen Aktionen überprüft. Hieraus ergaben sich 53 Festnahmen (Vorjahr 22), 161 Sicherstellungen (insbesondere Betäubungsmittel und Waffen) und 161 Strafanzeigen“, so Claus Spinnler, Leiter der Abteilung Einsatz.

„Neben einem anhaltend hohen Kontrolldruck mit täterorientierten Ermittlungen setzten wir zudem auf kostenlose kriminalpolizeiliche Beratungen für Bürgerinnen und Bürger. Unsere Experten führten – unter Anbetracht der durch Corona erschwerten Umstände - eine Vielzahl von Beratungen in unseren Polizeiläden in Offenbach und Hanau sowie Objektberatungen vor Ort durch. Insbesondere durch besser geschützte Türen und Fenster gingen Einbrecher in 490 Fällen (und somit fast in der Hälfte der registrierten Taten) leer aus, es blieb beim Einbruchsversuch.

Mit der bundesweit einzigartigen Prognosesoftware KLB-operativ steht unseren Polizisten zudem ein effektives Computer-Programm zur Verfügung, um insbesondere Einbruchsserien frühzeitig zu erkennen und zu unterbinden.“

Diebstahl allgemein stark reduziert - seit 2001 Rückgang fast um zwei Drittel

Die Anzahl der Diebstahlsdelikte konnte erneut deutlich gesenkt werden: Binnen Jahresfrist ging sie um 1.281 Delikte (-9,7 Prozent) zurück auf nunmehr 11.890 Fälle (Vorjahr: 13.171).

Zum Vergleich: Im Jahre 2001 wurden noch 33.681 Diebstähle registriert.

Während der so genannte einfache Diebstahl um 891 (spürbare -12,6 Prozent) auf 6.184 Delikte sank (bei einer um 3,7 Prozentpunkten auf 47,2 Prozent gesteigerten

Aufklärungsquote), haben sich die „Diebstähle unter erschwerenden Umständen“ um 390 (-6,4 Prozent) Fälle auf nunmehr 5.706 Delikte (Aufklärungsquote 14,9 Prozent) reduziert.

Den Löwenanteil beim einfachen Diebstahl bilden die Ladendiebstähle mit 2.223 Fällen (-73 Fälle entspricht einer Abnahme um 3,2 Prozent). Beim schweren sind es die Diebstähle aus Kfz mit 794 und einem leichten Anstieg um 34 Fälle – noch im Jahr zuvor waren diese Delikte um 638 Fälle gesunken. Der schwere Diebstahl von Fahrrädern sank um -232 Fälle (-14,8 Prozent) auf nunmehr 1.332 Delikte.

Raub und räuberische Erpressung gesunken - seit 2001 weit mehr als halbiert

Im Deliktsfeld Raub und räuberische Erpressung wurde die geringste Anzahl an Fällen seit Gründung des PP SOH registriert: Mit 312 Fällen wurden nochmals 2 weniger erfasst als im Vorjahr. Die Aufklärungsquote stieg auf den Höchstwert von 67 Prozent (Vorjahr 63,1). Im Jahr 2001 wurden noch 696 solcher Delikte gezählt – und damit weit mehr als doppelt so viel.

Rauschgiftkriminalität stark gesunken - Kontrollschwerpunkte haben sich verlagert

Rauschgiftdelikte sind um -411 Fälle (-9,8 Prozent) auf 3.770 Straftaten gesunken, die Aufklärungsquote lag bei 95,6 Prozent (Vorjahr: 95,8).

„Der starke Rückgang der Rauschgiftkriminalität - einem klassischen „Holdelikt“ - ist im Wesentlichen auf die Verlagerung der Kontrollschwerpunkte, bedingt durch Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie, zurückzuführen“, erklärte Claus Spinnler, Leiter der Einsatzabteilung.

Erneuter Rückgang bei Körperverletzungsdelikten

Die Anzahl der Körperverletzungen nahm erneut ab: Sie sank um 184 Fälle (-4,9 Prozent) auf 3.557 Straftaten. Hiervon konnten wie im Vorjahr 92,3 Prozent aufgeklärt werden. Bei rund zwei Drittel der Delikte handelt es sich um Fälle einfacher Körperverletzung (2.396; Vorjahr: 2.550); die AQ blieb auch hier gleichbleibend und zwar bei 94,6 Prozent.

Die Zahl der gefährlichen Körperverletzungsdelikte auf Straßen, Wegen und Plätzen sank um 8,3 Prozent (- 44 Fälle) auf 484 Delikte; die Aufklärung liegt bei 80,2 Prozent (Vorjahr: 80,7).

„Der Kriminalität im öffentlichen Raum treten wir offensiv entgegen. Durch gesteigerte polizeiliche Präsenz erhöhen wir einerseits den Schutz für potentielle Opfer und schrecken andererseits Täter ab. Durch erhöhten Kontrolldruck verunsichern wir die Täterklientel und erhalten wertvolle Hinweise über deren Vorgehensweisen.

Aber auch durch technische Maßnahmen schaffen wir ein Mehr an Sicherheit. Beispielsweise seien hier die 13 Videoschutzanlagen mit inzwischen 81 Kameras benannt, die in unserem Zuständigkeitsbereich betrieben werden“, stellte Claus Spinnler fest.

Internetkriminalität gestiegen – Polizei passt Ausbildung an

Mit der zunehmenden Nutzung des Internets nimmt auch die Kriminalität im Netz zu – zudem ist eine Verlagerung der Kriminalität ins Internet durch die Corona-Pandemie nicht gänzlich auszuschließen: Die Internetkriminalität schlug 2020 mit 2.990 Delikten zu Buche (Vorjahr: 2.749). Die Aufklärungsquote stieg auf 89,6 Prozent (Vorjahr: 87,3 Prozent).

Bei rund 73 Prozent (wie im Vorjahr) der Internetkriminalität handelte es sich um Vermögensdelikte (insbesondere um Betrug).

„Um der Internetkriminalität zukünftig noch besser entgegen treten zu können, hat die Hessische Polizei für den Studiengang eine Vertiefungsrichtung „Cyberkriminalistik“ eingeführt für Bewerberinnen und Bewerber, die ein besonderes Interesse an Informatik / Informationstechnik mitbringen“, erklärte Karl-Heinz Becker, Leiter der Kriminaldirektion

Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung seit Reformierung des Sexualstrafrechts gestiegen

Die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sind nach einem Rückgang 2019 im Jahr 2020 um 164 Delikte (28,4 Prozent) auf 742 (Vorjahr 578) Delikte gestiegen. Die Aufklärungsquote stieg auf 85,0 Prozent (Vorjahr: 83,6).

Im November 2016 wurde das Sexualstrafrecht reformiert, es gilt seitdem der Slogan „nein heißt nein“ – Tatbestandsmerkmale waren nunmehr einfacher erfüllt, dies ging einher mit einem stetigen und deutlichen Anstieg der Fallzahlen - unterbrochen lediglich in 2019. „Zur Fallzahlensteigerung vor allem im Deliktsbereich Verbreitung kinderpornografischer Inhalte haben die gesetzlichen Meldeverpflichtungen der Internet-Provider und die verbesserten polizeilichen Möglichkeiten der digitalen Spurensuche und -sicherung beigetragen. Da der Verbreitung regelmäßig ein sexueller Missbrauch von Kindern zugrunde liegt, wird die Polizei zur Bekämpfung dieser Taten auch weiterhin all ihre technischen, taktischen und rechtlichen Möglichkeiten einsetzen“, so der Leiter der Kriminaldirektion.

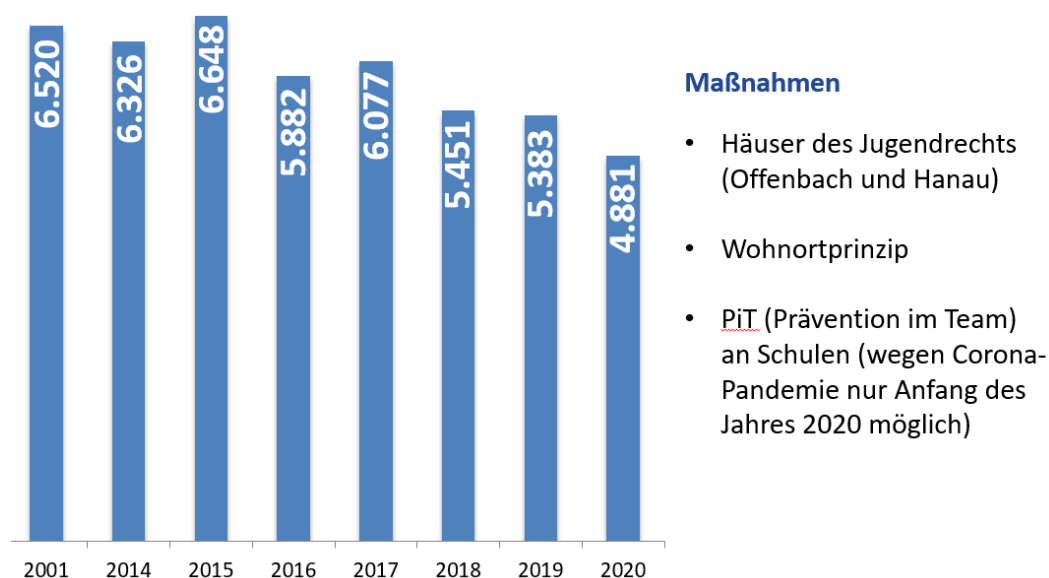
Jugendkriminalität deutlich gesunken

Registrierte Straftaten, die durch tatverdächtige Jugendliche (Tatverdächtige unter 21 Jahre) begangen wurden, haben erneut abgenommen, diesmal binnen Jahresfrist sogar deutlich: Sie sanken von 5.383 Delikten auf 4.881 Straftaten. Das sind 502 Delikte weniger und somit ein Rückgang um -9,3 Prozent.

Darstellung 3: Entwicklung der Jugendkriminalität (Fallzahlen).

Jugendkriminalität

■ Fallaufkommen von Tatverdächtigen unter 21 Jahren



„Gerade bei Jugendlichen gilt es, frühzeitig gegen delinquentes Verhalten vorzugehen, um eine Verfestigung krimineller Verhaltensmuster zu verhindern. Eine dauerhafte Reduzierung

der Jugendkriminalität erreichen wir durch gezielte Präventionsarbeit. Mit „Prävention im Team“, kurz PiT, setzen wir beispielsweise in den Schulen an.

Gleichzeitig wurden die Bekämpfungskonzepte gegen Jugendkriminalität optimiert. So wurde etwa das übliche Tatortprinzip bei der Bearbeitung von Straftaten durch Jugendliche vom Wohnortprinzip der jugendlichen Straftäter abgelöst. Dadurch ist eine engere polizeiliche Betreuung der straffällig gewordenen Jugendlichen möglich. Einen weiteren Baustein bildet das „Haus des Jugendrechts“. In der Stadt Offenbach wurde bereits im Januar 2019 ein „Haus des Jugendrechts“ eingerichtet. Dort arbeiten Stadt, Justiz und Polizei unter einem Dach erfolgreich zusammen, um Straftaten delinquenter Jugendlicher möglichst zeitnah gemeinsam zu beurteilen und eng das weitere Vorgehen abzustimmen, damit ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität verhindert werden kann. In Offenbach konnten wir die Jugendkriminalität nachhaltig senken. Registrierten wir bei Eröffnung des „Hauses des Jugendrechts“ noch 851 Fälle, die durch Heranwachsende verübt wurden und 598 Fälle, die Jugendlichen anzulasten waren, so sanken die Fallzahlen für Heranwachsende auf 651 (ein Minus von 200 Fällen, was einer Abnahme von 23,5 Prozent entspricht) und für Jugendliche auf 461 (ein Minus von 127 Fällen, was einer Abnahme von 21,2 Prozent entspricht).

Ferner hat sich die Zahl der Verfahren, bei denen ein Täter-Opfer-Ausgleich durchgeführt wird, durch die Einführung des „Haus des Jugendrechts“ in etwa verdoppelt.

Daher freue ich mich schon auf die Einrichtung eines weiteren Hauses des Jugendrechts in unserem Zuständigkeitsbereich, nämlich in Hanau – dort steht die Einrichtung eines Hauses des Jugendrechts bevor“, so Möller.

Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten leicht gestiegen

Die Zahl der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten ist im Jahr 2020 im PP SOH leicht angestiegen. Mit 385 Übergriffen wurden 9 mehr registriert als im Jahr 2019 (376 Delikte). Die Angriffe auf Rettungskräfte und Feuerwehrleute sind hingegen gesunken. Sie haben sich binnen Jahresfrist von 17 auf 8 verringert.

„Der leichte Anstieg der Übergriffe auf Polizistinnen und Polizisten ist unter anderem auf die Vorfälle in Dietzenbach zurückzuführen“, erklärte der Polizeipräsident. Keinen Eingang in die Statistik des PP Südosthessen haben die ebenso verwerflichen Angriffe auf unsere Einsatzkräfte bei den Rodungsmaßnahmen für die A 49 gefunden, da diese nach dem Tatortprinzip für die zuständigen Präsidien in Mittel- und Osthessen registriert werden.

Allgemeinkriminalität bei Zuwanderern hat weiter abgenommen

Im Kontext der Zuwanderung - dabei handelt es sich um Straftaten, bei denen mindestens ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde - ist ein weiterer Rückgang zu notieren: Es wurden 1.422 Fälle erfasst - das sind 184 (-11,5 Prozent) weniger als noch im Vorjahr mit 1.606 Delikten.

Mehr als die Hälfte der Straftaten durch Zuwanderer machen mit 736 Delikten (Vorjahr: 655) die Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz aus. Die Anzahl der Straftaten ohne diese

aufenthaltsrechtlichen Verstöße, bei denen ein Zuwanderer als Tatverdächtiger ermittelt wurde, lag im Jahr 2020 somit bei 686 Fällen (Vorjahr: 951).

Abnahmen sind annähernd in allen Deliktsbereichen zu registrieren:

Sexualdelikte -8 (von 19 auf 11)

Raubstraftaten -1 (von 5 auf 4)

Körperverletzungen -63 (von 166 auf 103)

Diebstahlsdelikte -75 (von 142 auf 67), davon Ladendiebstahl -59 (von 107 auf 48)

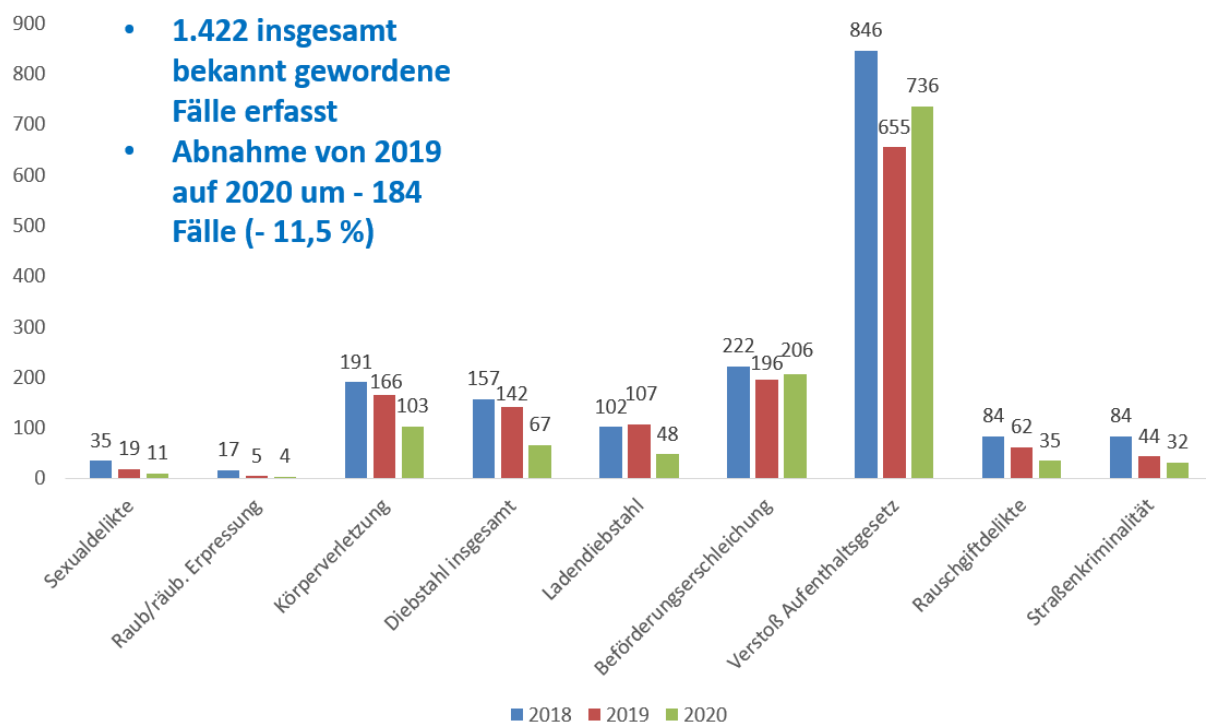
Rauschgiftkriminalität -27 (von 62 auf 35)

Straßenkriminalität -12 (von 44 auf 32)

Nur bei der Beförderungerschleichung gab es einen Zuwachs von 10 Delikten (von 196 auf 206).

Darstellung 4: Entwicklung der Kriminalität im Kontext der Zuwanderung

Kriminalität im Kontext Zuwanderung



Politisch motivierte Kriminalität angestiegen

Für den Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wurden für 2020 insgesamt 302 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr (168 Straftaten) bedeutet dies einen Anstieg um 134 Fälle (Steigerung um über 79 Prozent).

Dieser Anstieg ist im Wesentlichen auf den Tatbestand der Volksverhetzung und die Propagandadelikte im Bereich „PMK –rechts“ sowie den Nötigungstatbestand im Bereich „PMK –nicht zuzuordnen“ zurückzuführen. Gewaltdelikte aus dem Bereich PMK stiegen von

6 auf 15 Fälle. Die Anzahl der Körperverletzungsdelikte ist hierbei nahezu gleichgeblieben. Bei 10 der 15 Straftaten handelt es sich um Erpressungsdelikte, welche im Zusammenhang mit Reichsbürgern stehen.

Die Entwicklungen im Einzelnen:

PMK „Rechts“ stieg um 64 Delikte auf 177 Delikte (Vorjahr: 113). Der Anstieg ist vornehmlich bei den Propagandadelikten (Anstieg um 14 von 81 auf 95 Delikte) und der Volksverhetzung (Anstieg um 32 von 20 auf 52 Delikte) zu registrieren.

PMK „Links“ stieg um 8 auf nunmehr insgesamt 23 Delikte (Vorjahr: 15). Hierzu trugen insbesondere 14 Fälle von Sachbeschädigung (Vorjahr: 8) bei.

PMK „Ausländische Ideologie“ stieg um 5 Delikte auf 8 Delikte (Vorjahr: 3).

PMK „Religiöse Ideologie“ sank von 6 auf 3 Delikte.

Die nicht zu zurechnenden PMK-Delikte stiegen um 60 Delikte auf 91 Delikte (Vorjahr: 31).

Der Anstieg ist vornehmlich bei dem Tatbestand der Nötigung (Anstieg um 32 von 2 auf 34 Delikte) sowie der Beleidigung (Anstieg um 7 von 11 auf 18 Delikte) zu registrieren.

Darstellung 5: Entwicklung der „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK)

PP Südosthessen



Straftatbestände PMK 2017 – 2020 (Auswahl)

	2017	2018	2019	2020	Entwicklung zum Vorjahr
PMK gesamt davon	117	88	168	302	+ 79,8 %
Gewalttaten	3	5	6	15	
Propagandadelikte	35	31	81	98	
PMK -rechts	53	39	113	177	+ 56,6 %
Propagandadelikte	27	24	81	95	
Volksverhetzung	19	13	20	52	
Gewalttaten	-	1	3	4	
Sachbeschädigung	4	-	3	3	
PMK -links	13	8	15	23	+ 53,3 %
Sachbeschädigung	6	6	8	14	
Gewalttaten	3	1	0	0	
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz	-	-	3	3	
PMK -ausländische Ideologie	5	10	3	8	+ 166,6 %
Sachbeschädigung	1	1	0	3	
Gewalttaten	-	-	0	0	
Straftaten mit angenommenen terror. Hintergrund**	2	3	0	0	
Verstoß gegen das Versammlungsgesetz	2	4	0	0	
PMK -religiöse Ideologie	5	5	6	3	- 50 %
Straftaten mit angenommenen terror. Hintergrund**	2	3	2	0	
Gewalttaten	-	-	0	1	
PMK -nicht zuzuordnen-	41	26	31	91	+ 193,5 %

*Seit dem 1. Januar 2017 wurde der Phänomenbereich „PMK Ausländer“ im bundesweit einheitlichen KPMD-PMK durch die Kategorien „PMK ausländische Ideologie“ und „PMK religiöse Ideologie“ ersetzt.

** Hierunter fallen Delikte nach §§89a StGB und §§129a, b StGB.

Gemeinsam für mehr Sicherheit

„Die Verantwortlichkeit für das Thema Sicherheit wird nach allgemeiner Betrachtung gerne ausschließlich der Polizei zugeschrieben. Im Wesentlichen basiert ihre Gewährleistung auf den beiden Säulen Repression und Prävention“, erläuterte Möller. „Die Repression, also die Verfolgung von Straftaten, ist ein Monopol des Staates und liegt in der Zuständigkeit von Justiz und Polizei. Bei der Prävention hingegen handelt es sich um eine

gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Bürger, Kommunen und Polizei zielgerichtet an gemeinsamen Strategien arbeiten sollten. Nur gemeinsam lassen sich passgenaue Lösungen zur Stärkung der lokalen Sicherheitslage, aber auch des Sicherheitsgefühls der betreffenden Bevölkerung, finden.“

Mit dem Projekt „**KOM**munal**ProgrA**mm**SicherheitsSiegel**“ wurde durch die Landesregierung ein solches Instrument geschaffen. Mit Hanau und Maintal gingen bereits im Jahr 2017 zwei Modellkommunen an den Start, gefolgt von Bad Orb, Bad Soden-Salmünster, Gelnhausen und Langenselbold im Main-Kinzig-Kreis sowie Dietzenbach, Mühlheim, Neu-Isenburg, Obertshausen und Rödermark im Kreis Offenbach. Im Jahr 2020 kamen Gründau, Hammersbach, Nidderau und Schöneck hinzu.

Komplettiert wird die KOMPASS-Familie mittlerweile durch Bruchköbel, Erlensee und Rodenbach (seit 2021), so dass sich mit aktuellem Stand 18 von 43 Kommunen (41,86 %) der Sicherheitsinitiative angeschlossen haben.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete auch in 2020 die Ausgestaltung und Weiterentwicklung der Prävention im Bereich Politisch motivierte Kriminalität (PMK). Der extremistische Anschlag in Hanau zeigt die besondere Bedeutung der PMK-Prävention.

Durch die Einstellung von wissenschaftlichen Mitarbeitern haben wir uns in diesem Bereich professionalisiert. Sie schärfen mit ihrer wissenschaftlichen Expertise den Blick für gesellschaftliche Verwerfungen im politischen Raum.

Nach dem Anschlag in Hanau haben wir Opferbetreuung schon in der Tatnacht im extra hierfür eingerichteten Betroffeneninformationszentrum begonnen. Eine intensive Opfernachsorge erfolgte über mehrere Wochen durch sogenannte Kontaktbeamtinnen und Kontaktbeamte aus dem Stabsbereich Prävention und den Direktionen.

Dem Angst- und Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung, insbesondere bei Vorliegen einer Zuwanderungsgeschichte, begegnen wir mit Sicherheitsgesprächen unter Leitung der Ausländerbeiräte im Main-Kinzig-Kreis, in Stadt und Kreis Offenbach, mit Unterstützung der Kommunalpolitik (Landrat, Bürgermeister) sowie der Behörden- und Abteilungsleitung des Polizeipräsidiums. Konnten mit den Veranstaltungen in der Stadt Offenbach am 26.02.2020 und im Kreis Offenbach am 09.03.2020 rund 300 Repräsentanten aus den Moscheevereinen, örtlichen Ausländerbeiräten, der Stadt- und Zivilgesellschaft erreicht und Multiplikatoren gewonnen werden, so verhinderte der am 16.03.2020 verordnete Lockdown im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die Sicherheitsgespräche in der Stadt Hanau und im Main-Kinzig-Kreis in der beabsichtigten Form.

Dennoch konnten unter den vorgegebenen Hygienestandards Gespräche mit Akteuren der Hanauer Stadtgesellschaft (u.a. Lenkungsgruppe 19.02., Präventionsrat unter Vorsitz von Hanaus OB Kaminsky, Gewerbetreibende und Anwohner um die genannten Tatorte, Vorsitzende des Ausländerbeirats) geführt und die Sorgen und Nöte der Menschen aufgenommen werden.

Die über die Stadtgesellschaft Hanaus hinaus artikulierte Verunsicherung in Moscheevereinen und jüdischen Einrichtungen und Synagogen (Nachwirkungen des Anschlags von Halle am 09.10.2019) wurde vom Stabsbereich Prävention aufgegriffen und die entsprechenden Einrichtungen durch die kriminalpolizeilichen Fachberaterinnen und Fachberater umfassend beraten. Darüber hinaus war die PMK-Prävention bei der Implementierung eines Projekts der Jüdischen Gemeinde unterstützend tätig.

Im Zuge der Einschränkung der Freiheitsrechte zur Durchsetzung des Infektionsschutzgesetzes im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie formierte sich zunehmend Bürgerprotest, der sich insbesondere in der sogenannten „Querdenken-Szene“ äußerte. Innerhalb dieser Proteste sind zunehmend rechtspopulistische und rechtsextremistische Personen und Gruppierungen mit dem Ziel aktiv, ihre antidemokratischen Weltanschauungen zu verbreiten und die Bevölkerung weiter zu spalten. Insbesondere in den digitalen Netzwerken und auf den Social-Media-Kanälen werden Verschwörungserzählungen geteilt und Hass-Botschaften verbreitet.

Der Sachbereich der Prävention politisch motivierter Kriminalität (PMK-Prävention) verfolgt diese Entwicklungen ebenso aufmerksam wie die zunehmend festzustellende Hetze im Internet gegen Kommunalpolitiker oder die gesellschaftlichen Polarisierungen (Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus).

Fazit

„Die schon seit Jahren positive Entwicklung der Kriminalstatistik fand auch im Jahr 2020 ihre Fortsetzung. Wir registrierten im Polizeipräsidium Südosthessen so wenig Straftaten wie nie zuvor. Das bedeutet, dass nie zuvor weniger Menschen unserer Region Opfer einer Straftat wurden.

Die Aufklärungsquote konnte erneut gesteigert werden - sie stellt mit 64,4 Prozent den höchsten Wert dar. Beinahe zwei von drei Straftaten konnten wir aufklären. Das bedeutet für Straftäter ein hohes Risiko, entdeckt und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Dieser schöne Erfolg ist der sehr guten Arbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der steten Stärkung des Personalkörpers durch die Sicherheitspakete unserer Landesregierung zu verdanken. Dieses gute Ergebnis ist auch ein Ausdruck des Vertrauens der hiesigen Bevölkerung in ihre Polizei, was sich durch die vielen Hinweise dokumentiert, die zur Tataufklärung unverzichtbar sind. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

Wie fragil das Konstrukt „Sicherheit“ ist, haben uns die tragischen Geschehnisse in Hanau gezeigt. Diese bestärken uns in unserem Auftrag, auch zukünftig für die Bürgerinnen und Bürger unserer Region alles zu geben, um das Straftatenaufkommen so gering und die Aufklärungsquote so hoch wie möglich zu halten. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus wird dabei ganz besonders in unserem Fokus stehen“, versicherte Polizeipräsident Eberhard Möller.

Polizeipräsidium Südosthessen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Henry Faltin

E-Mail: Henry.Faltin@Polizei.Hessen.de
Tel. 069 8098-1200 - Fax: 069 8098-1207
Mobil: 0173 6596744